



Digitale Kommunikation und transnationale Öffentlichkeit(en)

Analyse von Machtstrukturen und politischer Handlungsfähigkeit in sozialen Bewegungen

Andreas Eis

Politische Willensbildung ist heute untrennbar mit neuen Formen digital gestützter Kommunikation verbunden und ohne diese nicht mehr erklärbar. Bürger*innen werden nicht nur über soziale Medien von Regierungsvertreter*innen, Parteien, Verbänden oder NGOs direkt adressiert, sondern initiieren selbstorganisierte Kampagnen, Informations-, Meinungs- und Bildungsportale. Politische Kommunikation unter Bedingungen der Digitalisierung ist immer weniger eine Einbahnstraße der Darstellung von Positionen oder der Legitimation von Entscheidungen gegenüber passiven Zuschauern und politischen Laien. Öffentlichkeit entsteht, wenn Menschen ihre gesellschaftlichen Anliegen selbst formulieren und z. B. durch Hashtags in den sozialen Medien (#aufschrei; #MeToo; #ichbinhier), YouTube-Videos (Rezo) oder Onlinepetitionen und deren Verbreitung in kürzester Zeit eine erhebliche Unterstützung sowohl online als auch offline mobilisieren, wie etwa bei Protesten gegen Sexismus, Hass im Internet, das ACTA-Abkommen oder die Reform des EU-Urheberrechts, aber auch in sozialen Bewegungen wie Fridays for Future, Recht auf Stadt, die No-Border-Bewegung, die Gelbwesten in Frankreich oder auch in rechtskonservativen Pro-Life-Bewegungen und antifeministischen Bewegungen sowie in nationalistischen Netzwerken.

Umstritten bleibt die Frage, inwiefern der digitale Strukturwandel der Öffentlichkeit zu einer Repolitisierung oder eher zu einer Zersplitterung und Auflösung

A. Eis (✉)
Universität Kassel, Kassel, Deutschland
E-Mail: andreas.eis@uni-kassel.de

des öffentlichen Raumes in selbstbezügliche, unverbundene Teilöffentlichkeiten geführt hat. Digitale Formen politischer Kommunikation eröffnen Zugänge, Anliegen zu artikulieren, zu teilen, Bündnisse und kollektive Handlungsfähigkeit zu mobilisieren. Dies beschränkt sich nicht auf das Gegenzeichnen von Petitionen per Mausklick. Die Vernetzung von selbstorganisierten Basisbewegungen mit gesellschaftlichen Akteuren (z. B. in der Degrowth-Bewegung), die Organisation transnationaler Proteste und Großdemonstrationen (Occupy, Fridays for Future) sind heute ohne digitale Kommunikationswege kaum mehr vorstellbar. Handlungsfähigkeit zeigt sich hier jedoch immer erst in einer Verbindung von digitalen und analogen Interaktionen in sozialen Räumen, angefangen von lokalen Flashmobs wie die Sardinen-Proteste gegen die Hassbotschaften und Auftritte von Matteo Salvini in Italien, über die zivilgesellschaftliche Organisation der Seenotrettung mit Unterstützung von Alarm Phone und dem Bündnis Seebrücke, bis hin zur Durchführung von Europäischen Bürgerinitiativen wie Recht auf Wasser, Stopp TTIP oder zur Bekämpfung der Klimakrise.

Bereits diese Beispiele zeigen, dass weder Kommunikation noch Öffentlichkeit und schon gar nicht Gesellschaft als solche mit dem Attribut ‚digital‘ adäquat beschrieben werden können. Die Veränderungen von Kommunikationsstrukturen und Machtverhältnissen vollzieht sich in einer Verschränkung von analogen und digitalen (teil-)öffentlichen Räumen, deren soziale und kulturelle Basis immer auch von ökonomischen Bedingungen bestimmt werden.

Im Beitrag greife ich zunächst die gemeinsame Frage des Bandes auf, wie sich die Bedingungen politischer Kommunikation und Handlungsfähigkeit in „einer digitalen Gesellschaft“ verändern. Diese Frage wird in einem weiteren Schritt für den „Lern-/Handlungsraum“ (Trumann 2013, S. 59) sozialer Bewegungen konkretisiert. Dabei wird untersucht, welche Lernräume und Praktiken der Selbstermächtigung sich in sozialen Bewegungen eröffnen. Ziel des Beitrages ist die Analyse informeller Lernanlässe, die Prozesse der Digitalisierung nutzen und zugleich die veränderten Machtstrukturen im „kommunikativen Kapitalismus“ (Dean 2016) problematisieren. Es soll gezeigt werden, inwiefern in transnationalen Bewegungen neue Formen digitaler, bzw. „hybrider“ und „fluidere“ Öffentlichkeiten (Jarren und Klinger 2017, S. 34) und Machtressourcen erschlossen oder verhindert werden. Der hier vorgestellte fachdidaktische Analysezugang soll an ausgewählten Beispielen veranschaulichen, inwiefern junge Menschen sich soziale Räume und Kommunikationsformen aneignen und als Instrumente der Selbstbildung nutzen, um kollektive Handlungsfähigkeit zu entwickeln.

Die Argumentation erfolgt in vier Schritten. 1) Zunächst werden gesellschaftstheoretische Grundannahmen zum Verhältnis von Digitalisierung und einer Fragmentierung von Öffentlichkeiten erläutert und deren Konsequenzen für die

Politische Bildung herausgearbeitet. 2) In einem zweiten Schritt diskutiere ich zwei konträre Positionen zur Analyse der ökonomischen Herrschaftsverhältnisse im „digitalen“, bzw. „kommunikativen“ Kapitalismus, die zu unterschiedlichen demokratiepolitischen Konsequenzen führen. Während Jodi Dean eine neue Formation der Kapitalakkumulation und Klassenkonflikte beschreibt, sieht Paul Mason in der Krise des Neoliberalismus bereits das Scheitern einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die durch digitale Kommunikationsstrukturen den Weg in eine kooperative Gemeinwohlwirtschaft eröffnet. 3) Im dritten Abschnitt begründe ich einen fachdidaktischen Analyseansatz, der mögliche Lernprozesse in sozialen Bewegungen für die qualitative Bildungsforschung zugänglich macht und dabei sowohl die sozioökonomischen Herrschaftsstrukturen und Machtressourcen als auch deren Veränderungen durch neue Strukturen von Öffentlichkeit berücksichtigt. 4) Abschließend werden anhand der Beispiele sozialer Bewegungen die Aufgaben Politischer Bildung unter Bedingungen der Digitalisierung zusammengefasst.

1 Politische Bildung und Öffentlichkeit(en) zwischen Ent- und Repolitisierung

Die Klimaproteste von Schüler*innen und Studierenden bei Fridays for Future haben sich mittlerweile zu einer weltweiten sozialen Bewegung ausgebreitet, die so viele junge Menschen mobilisiert, wie seit den 1980er Jahren in den Friedens-, Ökologie-, Anti-Atomkraft-, Frauen-, Schwulen- und Lesben-Bewegungen nicht mehr. Junge Menschen engagieren sich jedoch nicht nur für Klimaschutz, Freiheit im Internet, faire Handelsbeziehungen, solidarische Wirtschaftsformen, für bezahlbares Wohnen oder die (Selbst)Hilfe und Integration geflüchteter Menschen. Politisches Engagement richtet sich auch gegen Einwanderung und eine vermeintliche ‚Islamisierung des Abendlandes‘, gegen sexuelle Vielfalt und neue Familienformen, für Etabliertenvorrechte und die Beschränkung von sozialen Errungenschaften auf die eigene ‚nationale‘ bzw. ethnisch-kulturelle Bezugsgruppe. Gesellschaftliche Konflikte werden immer erbitterter geführt, begleitet von ideologischen Kämpfen um ‚alternative Expertisen‘, die sich in den medialen Filterblasen jeweils selbst zu bestätigen glauben. Hat sich damit die seit den 1990er-Jahren diskutierte These, die Krise der ‚Postdemokratie‘ zeige sich an zu wenig öffentlichem Dissens und Streit um reale Alternativen, mittlerweile nicht überholt, wenn wir zutiefst gespaltene Gesellschaften vorfinden? Wenn

Parlamente und Regierungen sich monatelang lähmen (im Streit um Fluchtmigration, Brexit, Dieselfahrverbote, Justizreformen in Polen oder Ungarn) oder wenn Regierungen kaum noch zustande kommen außer in ‚ganz großen‘ Koalitionen?

Welche Konsequenzen hat der Strukturwandel der Öffentlichkeit für die Didaktik der Politischen Bildung? Das Bedingungsverhältnis von Politik und Medien gestaltet sich demokratiepolitisch höchst ambivalent: Medien schaffen öffentliche Handlungsräume, gleichzeitig gelten diese Orte politischer Artikulation, öffentlichen Streits und Diskurses als zunehmend gefährdet durch die Dominanz ökonomischer Verwertungsinteressen. Gemäß einer postdemokratischen These stellt sich die Relation von Politik und Medien als ein entpolitisiertes Verhältnis dar. Demnach würde Politik als öffentlicher Streit über alternative Gesellschaftsentwürfe kaum mehr stattfinden. Vielmehr ersetzen mediale Scheinkämpfe, die nach Kriterien ökonomischer Verwertungslogik inszeniert werden, politisches Handeln. Um Herrschaftslegitimation werde in Talkshows statt in Parlamenten geworben. Und selbst die ‚formal intakten‘ Wege parlamentarischer Willensbildung würden durch informelle, nicht öffentliche Einflussnahme privater Akteure und ‚ökonomische Sachzwänge‘ ihrer Substanz beraubt (Crouch 2008). Gleichzeitig werden ‚politikferne‘ Bürger*innen mit unterhaltsamen Formaten und Events adressiert: von Politikcomics (HanisauLand) und kommerziellen Computerspielen (Civilization, Second Life), über Lernlabore, Jugendparlamente und Simulationsspielen (Ecopolicy, Model United Nations, POL&IS) bis hin zu Wettbewerben des Demokratie- und Engagement-Lernens (Lernstatt Demokratie). Vielfach werden diese eventorientierten Formate von finanzkräftigen Unternehmensstiftungen, aber auch mit öffentlichen Mitteln (EU, Europarat, Bundes-, Landeszentralen bis hin zur Bundeswehr) finanziert. Machtkritisch kann gefragt werden, inwiefern Jugendliche hier lediglich Mitgestaltung simulieren und sich Kompetenzen „demokratischer Selbstillusionierung“ (Blühdorn 2013, S. 109) aneignen.

In der politischen Kommunikationsforschung kann das Verhältnis von Politik und Medien idealtypisch auf eine Wechselbeziehung zwischen diskursiver Willensbildung (Entscheidungspolitik) und deren legitimatorisch-kommunikative Vermittlung (Darstellungspolitik) reduziert werden (Sarcinelli 2011, S. 93–97, 125–133). Jedoch verweist bereits dieses (analoge) Modell politischer Arbeitsteilung (zwischen Entscheidungsträgern und Bürger*innen als ‚Legitimationsreserve‘) auf die Widersprüche zwischen Willensbildung und Defiziten der Repräsentation und Legitimation. Mediatisierung von Politik führt nicht zwingend zu mehr Beteiligung und öffentlicher Deliberation, vielmehr könne sich „Mediendemokratie“ auch „als Variante einer plebiszitären Führerdemokratie“ erweisen (Sarcinelli 2011, S. 178).

Die intermediäre Funktion von ‚klassischen‘ Massenmedien verliert an Bedeutung, wenn politische Meinungsbildung nicht mehr von akkreditierten Fachjournalist*innen und Nachrichtenagenturen dominiert wird. Politische Medien haben als professionelle Akteure nach einer liberalen Konzeption von Öffentlichkeit eine Kontrollfunktion, ihnen wird mitunter die Bedeutung einer „vierten Gewalt“ zugesprochen (Feiler 2013). Sie haben privilegierte Zugänge zu Institutionen, stellen ausgewählte Positionen dar und generieren etablierte Meinungen. Sie fungieren als ‚Gatekeeper‘ des öffentlichen Raumes und bestimmen die Agenda relevanter Themen mit. Dieses analoge Modell von Öffentlichkeit wird durch digitale Medien infrage gestellt und durch „fluide“, „hybride“ Räume transformiert:

Es gibt nicht nur eine, gar eine uniforme, Öffentlichkeit, in der Themen oder Interessen sichtbar sind oder nicht, sondern eine Vielzahl von parallelen, fluiden (veränderlichen) Teilöffentlichkeiten, die Öffentlichkeit konstituieren. Genauso, wie Mediensysteme, nicht mehr dichotom als „online“ oder „offline“ diskutiert werden können, sondern als hybride Mediensysteme sowohl Offline- als auch Online-Elemente enthalten [...], ist es nicht sinnvoll, Öffentlichkeiten mit Adjektiven wie „digital“, „virtuell“ oder „vernetzt“ zu versehen. Eine „Netz-Öffentlichkeit“ gibt es ebenso wenig wie eine „Radio-Öffentlichkeit“ oder eine „Zeitungs-Öffentlichkeit“ [...], schon gar nicht als Akteur. (Jarren und Klinger 2017, S. 34–35)

Eine offene Frage für die Bildungs- und Bewegungsforschung ist es, inwiefern in hybriden Räumen öffentliche Deliberation im Sinne ‚herrschaftsfreier‘ (oder wenigstens hierarchiearmer) Meinungsbildung und eines Ausgleichs eigener und gegnerischer Positionen realisiert werden können. Inwiefern gehen öffentliche Diskurse den neuen Protest- und Aktionsformen voraus oder werden von diesen begleitet? Oder können die normativen Ansprüche deliberativer Öffentlichkeit im Kontext digitaler Filterblasen, Echokammern und ökonomischer Verwertung immer weniger eingelöst werden?

Angesichts einer Emotionalisierung und Zersplitterung politischer Debatten in selbstbezügliche Teilöffentlichkeiten, deren Akteure sich mitunter aufs Schärfste bekämpfen und sich gegenseitig mit Vorwürfen wie ‚Gutmenschentum‘, ‚Volksverrat‘, ‚Rassismus‘, ‚Sexismus‘, ‚Ökoterrorismus‘ und ‚Extremismus‘ delegitimieren, könnte die Rückbesinnung auf ein rationales, dialogisch orientiertes Politikverständnis für die Politische Bildung naheliegen. Benötigen wir mehr Konsens, ein gemeinsames Verständnis über Grundwerte, Bereitschaft zum Dialog, zu rationaler Verständigung und Kompromissen? Oder spiegelt sich in den ‚polarisierten‘ Gesellschaften nicht vielmehr genau diese Antwort auf die von Chantal Mouffe beschriebene „postpolitische Vision“ wider (2010, S. 85):

nämlich eine Vielzahl von neuen Widersprüchen und Kämpfen, in denen rechts-populistische Akteure immer dann Unterstützung bekommen, „wenn zwischen den traditionellen demokratischen Parteien keine deutlichen Unterschiede mehr erkennbar“ (Mouffe 2010, S. 87) sind? Politik ist – nach dieser radikalen Demokratietheorie – eben nicht auf einen Austausch und die rationale Vermittlung von Meinungen reduzierbar, sondern immer auch „ein Streit um Macht“ (Mouffe 2010, S. 68). „Echte Demokratisierung“ sei somit nicht allein mit einem „dialogischen“ Ansatz, sondern nur mit dem „Infragestellen bestehender Machtverhältnisse“ möglich, nach Mouffe (2010) erfordere dies auch „die Definition eines Gegners“ (87). Mouffe plädiert dabei gerade nicht für eine Konstruktion von illegitimen ‚Feinden‘, die moralisch verurteilt und als Mitakteure aus dem Diskurs ausgeschlossen werden. Hingegen gestaltet sich der Kampf zwischen politischen Gegnern auf argumentative Weise, aber durchaus mit Leidenschaft, unterschiedlicher Betroffenheit, sozialen Positionierungen und ungleichen Machtmitteln.

Fachdidaktische Konzeptionen, Kerncurricula, und (inter-)nationale Bildungsprogramme (des Europarates, der UNESCO, der KMK) werden hingegen von einem technischen Politikverständnis und einem deliberativen Öffentlichkeitsmodell dominiert, das die latenten Konfliktlinien und gesellschaftlichen Antagonismen weitgehend ausblendet. Vielmehr wird Politik auf ‚allgemeinverbindliche Entscheidungen‘ und Problemlösungen ‚im Sinne des Gemeinwohls‘ reduziert, an deren ‚rationaler‘ Willensbildung alle Betroffenen (oder wenigstens alle rechtlich mündigen Staatsbürger*innen) gleiche Mitwirkungsrechte hätten. Diese Engführungen des Politischen – als Entpolitisierung gesellschaftlicher Problemlagen und Herrschaftsverhältnisse – entspricht einer Dominanz politikwissenschaftlicher Forschung und Lehre, die sich weitgehend als Demokratie- und kritische Gesellschaftswissenschaft verabschiedet hat. Vielmehr etablierte sich in (Hoch-)Schulen ein Verständnis von Regierungs- und Verwaltungslehre, die sich v. a. mit der Durchsetzung und öffentlichen Darstellung technischer Expertenentscheidungen unter Aspekten der Effizienz und Output-Legitimation sowie wettbewerblicher Selbststeuerung beschäftigt (Eis 2018). Lernende werden von einem derart ‚idealisierten‘ Politik- und Öffentlichkeitsmodell notwendigerweise desillusioniert, weil die zentralen gesellschaftlichen Probleme eben häufig nicht thematisiert und bearbeitet werden – das ist vielfach auch nicht die Absicht der Akteur*innen, wenn es um Machterhalt geht –, oder allenfalls im Sinne von privilegierten Sonderinteressen. Nach der Krise des Finanzkapitalismus fließen aktuell Milliarden an Forschungs- und Fördergeldern in die ‚Digitalisierung‘ mit der vagen Hoffnung, durch eine In-Wert-Setzung von Kommunikation einen neuen Innovations- und Akkumulationsprozess in der ‚digitalen Wissensgesellschaft‘ anzustoßen.

Mit diesem Beitrag wird dennoch ein Verständnis von digitaler Transformation infrage gestellt, das auf eine „digitale Gesellschaft“ oder eine „digitale Öffentlichkeit“ verweist, wie es der Titel dieses Bandes und aktuelle Debatten nahelegen (z. B. Hofmann et al. 2019). Das Konzept einer ‚digitalen Gesellschaft‘ verdeckt (ebenso wie normative Begriffe der ‚globalen Weltgesellschaft‘) Machtstrukturen, Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse sowie soziale Konflikte um die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Digitale Kommunikation ist untrennbar mit transnationalen Produktions- und Wertschöpfungsketten verwoben. Die vermeintlich ‚künstlichen‘ Intelligenzen, ‚smarten‘ Technologien und innovative ‚Industrie 4.0‘ beruhen nicht nur auf der In-Wert-Setzung sozialer Interaktion und personenbezogener Daten, sondern auch auf postkolonialen Ausbeutungs- und Ungleichheitsverhältnissen. Entgegen ihrer Versprechen, zum ‚nachhaltigen Wachstum‘ und einem ‚grünen New Deal‘ beitragen zu können (Lange und Santarius 2018), stabilisieren sie eine ‚imperiale Lebensweise‘ durch die Aneignung von Arbeit und Ressourcen sowie die Zerstörung von Lebensräumen „auf Kosten anderer“ (Brand und Wissen 2017).

‚Digitalisierung‘ ist (ähnlich wie die Konzepte der ‚Globalisierung‘) kein zwingender, quasi natur- bzw. entwicklungsnotwendiger Prozess, der allein den Charakter einer ganzen Gesellschaft prägen und erklären könnte. Mit diesen äußerst wirkmächtigen Deutungsangeboten werden Strukturveränderungen nicht nur beschrieben, sondern häufig auch in ein (dominantes) ideologisches Wertesystem eingeordnet. Prozesse der Digitalisierung beruhen nicht allein auf einem technologischen Wandel, sie ermöglichen ein neues Akkumulationsregime im ‚digitalen‘, bzw. „kommunikativen Kapitalismus“ (Dean 2006, 2016). Die Ökonomisierung von sozialer Kommunikation und die Ausbeutung von Wissens- und Kommunikationsarbeit versprechen neue Wachstumsraten und eine Antwort auf die anhaltende Krise des Finanzkapitalismus. Die digitale Infrastruktur wird in transnationalen Ausbeutungsverhältnissen geschaffen. Digitale Kommunikation kann in seiner öffentlichen und politischen Rolle nicht von der gleichzeitigen ökonomischen Verwertung privater Daten sowie prekärer, bzw. nicht-entlohnter Kommunikationsarbeit getrennt werden, auf denen das Geschäftsmodell der vermeintlich kostenfreien Dienste gründet. Die materiellen und kulturellen Ressourcen, die eine Nutzung dieser Räume politischer Meinungs- und Willensbildung überhaupt ermöglichen, sind ungleich verteilt. Die ‚Digital Gap‘ schafft neue und verstärkt bestehende Formen sozialer und politischer Inklusion und Exklusion (Kenner und Lange 2020).

Dennoch stellt Digitalisierung durchaus das Wissen-Macht-Verhältnis infrage, wobei sich zwei scheinbar gegensätzliche Prozesse und Entwicklungsperspektiven

überschneiden. Zum einen geht es um einen neuen Verwertungsprozess der markt-förmigen Aneignung von sozialen Interaktionen, also um die Konzentration und Monopolisierung von Wissen, persönlichen Daten und Kommunikationsnetzen. Zugleich eröffnet digitale Kommunikation aber auch Möglichkeiten der Infragestellung markt- und kapitalbasierter Wissens- und Wachstumsökonomien durch kooperatives Wirtschaften, Share Economy, Creative Commons und das Aufbrechen der kommunikativen Hierarchien und Zugangsbeschränkungen klassischer Medien (vgl. Mason 2015).

2 ‚Kommunikativer Kapitalismus‘ oder ‚Demokratie 2.0‘?

Für die Politische Bildung stellt sich die zentrale Frage, welche Chancen und Grenzen digitale Medien und soziale Netzwerke für die demokratische Teilhabe bieten und welche politischen Lernanlässe sie eröffnen.¹ Hier können zugespitzt zwei Thesen untersucht werden. Zum einen 1) versprechen digitale Medien einen Zugewinn an Demokratie und sozialer Teilhabe. Sie ermöglichen neue Zugänge zu Informationen und eröffnen transnationale Räume zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation. Mit einer weniger optimistischen These könnte argumentiert werden, dass 2) digitale Medien den öffentlichen ebenso wie den privaten Raum zerstören und damit maßgeblich zum Demokratieabbau beitragen (Russ-Mohl 2017). Kommunikationsplattformen, die ursprünglich – wie auch das Internet selbst – durchaus als selbstorganisierte Netzwerke entwickelt wurden, sind zu globalen Medienkonzernen geworden. Ihr Geschäftsmodell ist es, jedes private und soziale Verhalten auszuspähen, zu kontrollieren und ökonomisch nutzbar zu machen als ‚freiwillige‘ Mitwirkung an der globalen Überwachungsgesellschaft (Aust und Ammann 2016).

Analysen politischer Ökonomie geben ein ambivalentes Bild, inwieweit Digitalisierung tatsächlich die Grundlage für ein neues Akkumulationsregime darstellt. Einerseits argumentiert Jodi Dean (2006, 2016), dass auf der Grundlage von Informationstechnologien eine zunehmende Fusion von liberaler Demokratie und Marktmechanismen stattfindet, die gleichzeitig neue Formen der Kapitalakkumulation und Klassenkonflikte konstituiert:

„Kommunikativer Kapitalismus“ bezieht sich auf eine spezifische Form des Spätkapitalismus, in denen die Werte, die als wesentlich für die bürgerliche Demokratie gelten, in vernetzten Kommunikationstechnologien materialisiert sind. Ideale wie

¹Die Argumentation im folgenden Abschnitt wurde in Grundzügen bereits dargestellt in Eis (2016).

Zugänglichkeit, Inklusion, offene Diskussionen und Partizipation werden zunehmend durch die Ausweitung, Intensivierung und Verkoppelung der weltweiten Telekommunikation verfolgt und umgesetzt. Im kommunikativen Kapitalismus basiert die kapitalistische Produktivität immer mehr auf der Enteignung und Ausbeutung kommunikativer Prozesse. [...] Die Kommunikation dient den verschiedenen Zwecken des Kapitals: sei es den affektiven Formen der Sorgearbeit für Produzenten und Konsumenten, sei es der Mobilisierung von Sharing und expressivem Verhalten als Instrumente der „human relations“ am Arbeitsplatz oder als Beitrag zu den allgegenwärtigen Medienkreisläufen. (Dean 2016, S. 13)

Im Unterschied zu Deans These einer weiteren Verschärfung globaler Ungleichheits- und Exklusionsmechanismen formuliert andererseits Paul Mason (2015) eine emanzipatorische Transformationsperspektive, die er mit dem optimistisch-provokativen Konzept des „Postkapitalismus“ umreißt. Seine Perspektive einer „neuen Kooperative des Internetzeitalters“ (Mason 2016, S. 54) beruht auf der Annahme, dass gerade die „neue Qualität der Information“ (Mason 2016, S. 51) durch ihre tendenziell entgrenzte, freie Zugänglichkeit die Markt- und Wachstumsmechanismen selbst unterlaufen und damit eine Grundlage darstellen könnte für eine alternative, demokratische Gestaltung von Wirtschaftsordnungen.

Digitale Information existiert im Überfluss. Für die Mainstream-Ökonomie ist das ein Riesenproblem, denn Überfluss kann sie nicht messen, sondern nur Knappheit. Der Kapitalismus selbst hat hier ein Problem: Weil der Markt nur funktioniert, wenn er der Allokation knapper Güter dient. [...] Information erlaubt es uns, unsere Rechte als individuelle Bürger kollektiv durchzusetzen, denn wir können uns effektiv und einflussreich mit Hilfe der gleichen Technologien zusammenschließen. (Mason 2016, S. 52–53)

Mason greift hierbei u. a. auf die Ideen „kollaborativer Gemeingüter“ einer „Sharing Economy“ (Rifkin 2014) zurück, die nicht zuletzt vielfach auch durch digitale Communities konstituiert werden. Auch Dean beschränkt sich keineswegs auf eine postdemokratische Diagnose des „kommunikativen Kapitalismus“. Sie verweist auf soziale Bewegungen als neue Klassenkonflikte und den Einfluss von Informationstechnologien auf die Herausbildung transnationaler Öffentlichkeiten einer – zweifellos höchst fragmentierten – „globalen Zivilgesellschaft“ (Dean et al. 2009).

Digitale Medien schaffen keine ‚virtuelle‘, im Sinne einer lediglich ‚simulierten‘ Wirklichkeit. Sie strukturieren die gesellschaftliche Wirklichkeit in einer neuen „Matrix der digitalen Raumzeit“ (Lindemann 2014), die sehr real ist, gekennzeichnet durch permanente Beschleunigung, das Überbrücken räumlicher

Distanzen und das Verschwinden der Grenze zwischen privat und öffentlich. Neue Anwendungen bewegen uns zu Kaufentscheidungen, führen uns als Navi-App durch die Stadt oder leiten die Erfolgserlebnisse aus dem Fitnessstudio direkt an die Krankenkasse weiter, die entsprechende Boni für die gesundheitliche Selbstoptimierung einräumt. Die digitale Raum-Zeit-Matrix stellte bereits die wichtigste Infrastruktur für den in die Krise geratenen Finanzmarktkapitalismus dar, wenn Finanztransaktionen in Bruchteilen von Sekunden durch ‚intelligente‘, weil ‚lernende‘ Algorithmen abgewickelt werden. Gesa Lindemann argumentiert, dass wir als Personen in der Bedeutungslosigkeit verschwinden, wenn wir nicht in der digitalen Raum-Zeit-Matrix ‚existieren‘ und wahrgenommen werden (Lindemann 2014). Was bei Wissenschaftler*innen der digital generierte Zitationsindex und der Impact Factor ist, könnte bei Jugendlichen als Anzahl der Followers und Likes in sozialen Medien das entscheidende Kriterium für Zugehörigkeit und Anerkennung darstellen. Vermeintlich ‚intelligente‘ Mobiltelefone und ‚schlaue‘, weil digitalisierte Schultafeln nötigen nicht nur permanent neue Bedürfnisse und Anwendungen auf, sondern übernehmen Konsumententscheidungen und strukturieren Lehr-Lernprozesse vor. ‚Selbstentmündigung‘ nennt das der Sozialpsychologe Harald Welzer (2013, S. 83–88). Der Bildungsphilosoph Konrad Liessmann befürchtet bereits einen systematischen „Analphabetismus als geheimes Bildungsziel“ (Liessmann 2014, S. 131), wenn neuerdings „Notebook-Klassen“ statt „Buch-Klassen“ eingerichtet werden (Liessmann 2014, S. 147). Die Digitalisierung der Unterrichtskultur schaffe keine umfassende Inklusion, sondern das genaue Gegenteil: eine „Praxis der Unbildung“ (Liessmann 2014) und eine „Entsorgung der Inhalte durch Medienkonsum“ (Gruschka 2011, S. 78).

Dennoch greift eine kulturkonservative Medienkritik zu kurz, die auf Schulversuche mit „wirkliche[n] Buch-Klassen“ verweist (Liessmann 2014, S. 147), statt enorme finanzielle Ressourcen in die Digitalisierung von Schulen zu stecken und mit öffentlichen Bildungsbudgets die IT-Industrie zu subventionieren. Die These, Schüler*innen würden in digitalen Netzwerken nur niveaulose Textfragmente oder anonyme Beleidigungen verbreiten (Liessmann 2014, S. 141–142), kann nicht erst seit Fridays for Future als widerlegt gelten. Auch im Netz wird anspruchsvolle Literatur produziert, wie z. B. von der Bloggerin Kathrin Passig, die bereits 2006 mit dem Ingeborg-Bachmann-Preis ausgezeichnet wurde. Aktivist*innen und NGOs erarbeiten und redigieren gemeinsame Strategiepapiere und koordinieren ihre Aktionen mithilfe von Onlinetools.

Soziale Netzwerke und Onlineplattformen eröffnen neue Räume politischer Artikulation und Interessenvertretung (Baringhorst 2019; Hofmann et al. 2019). Sie ermöglichen neue Formen der Mobilisierung, der Solidarisierung und der kooperativen Wissensproduktion. Weder die Protestbewegungen von Occupy,

noch das demokratische Aufbegehren des Arabischen Frühlings oder die „Selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative“ gegen TTIP und CETA, die von hunderten Unterstützerorganisationen getragen wurde², wären ohne soziale Netzwerke denkbar gewesen. Dank des Netzwerkes von AlarmPhone³ konnten hunderte Flüchtlinge vor den Grenzen der EU aus Seenot gerettet werden. „Hacker, Hoaxer, Whistleblower“ (Coleman 2014) stören verborgene Herrschaftsstrukturen, indem sie Informationen über Steuerflüchtige, geheimdienstliche Überwachungen oder nicht öffentlich verhandelte Freihandelsabkommen, die demokratische Rechte außer Kraft setzen, veröffentlichen. Während eine Bewegung wie *Anonymous* sich zunächst weder als politischer Akteur noch als organisierte Gruppe versteht (Coleman 2014, S. 143–176), verbinden viele ‚netz-affine‘ Jugendliche mit *liquid democracy* durchaus die Hoffnung, durch neue institutionalisierte Partizipationsformen mehr substantielle Mitbestimmung zu ermöglichen. Die im Kontext der Piratenpartei entwickelte Methode des *liquid feedback* wurde als interaktive Plattform basisdemokratischer Willensbildung vielfach adaptiert (Friedrichsen und Kohn 2015). Nicht jede Bürger*in und auch nicht jede Abgeordnete kann sich in allen Fragen gleichzeitig eine kompetente Meinung bilden. Dennoch kündigen immer mehr Wähler*innen die klassische Arbeitsteilung auf, wonach sie ihre Stimmen an politische ‚Expert*innen‘ delegieren sollen. *Liquid feedback*⁴ ermöglicht als freie Software nicht nur Transparenz und das gemeinsame Erarbeiten von Positionen und Programmen durch deliberative Beratung und Aushandlung. Mit *Liquid democracy* kann zudem eine fallweise, themenbezogene Mitwirkung an Entscheidungen praktiziert oder wahlweise die eigene Stimme an verschiedene Repräsentanten delegiert werden, je nach Präferenzen und Expertisen für unterschiedliche Streitfragen oder Politikfelder. Solche technologiegestützten Verfahren könnten durchaus den komplexen Problemlagen besser entsprechen, an deren Aushandlung nichtstaatlicher Akteur*innen (Verbände, NGOs, Think-Tanks etc.) in formalen und informellen Verfahren der Willensbildung auf regionaler oder (trans-)nationaler Ebene beteiligt werden (vgl. Fitzpatrick 2019; Kersting 2019).

²<https://www.ttip-unfairhandelbar.de/>.

³<https://alarmphone.org/>.

⁴<https://liquidfeedback.org/>.

3 Politische Kommunikations- und Handlungsfähigkeit in transnationalen sozialen Bewegungen

Globale Ausbeutung und Klassenkonflikte spielen in der schulischen Politischen Bildung kaum mehr eine Rolle. Sie werden jedoch in aktuellen Protestbewegungen thematisiert, die in einigen EU-Staaten zu einer tiefen Krise des politischen Systems führten. Geht es auch bei Fridays for Future (FFF) um die Ausbeutung des Planeten auf Kosten zukünftiger Generationen und globaler Ungleichheit, so zeigen sich Klassenkonflikte umso deutlicher bei Protesten gegen Sozialabbau und Sparpolitik, wie der Gelbwestenbewegung in Frankreich oder den *Antiausteritätsbewegungen* in Griechenland, Spanien und Italien (Fominaya und Cox 2013). Anhand des Beispiels FFF wird im folgenden Abschnitt ein Forschungsansatz vorgestellt, wie informelles Lernen und kollektive Handlungsfähigkeit in sozialen Bewegungen analytisch zugänglich werden. Für die Politische Bildung interessieren dabei v. a. die Fragen, wie junge Menschen kollektive Handlungsfähigkeit entwickeln und sich öffentliche Räume aneignen. Ziel dieses Abschnittes ist es, ein Analyseinstrument zur Untersuchung von informellen Lernprozessen zu begründen, das zugleich die sozialen Differenzlinien und Machtverhältnisse in den Blick nimmt, die in sozialen Bewegungen infrage gestellt oder auch reproduziert werden. Dazu wird sowohl auf die ethnographische Bildungsforschung (Trumann 2013) als auch auf politikwissenschaftliche Fallstudien der Europafor schung (Buckel et al. 2014) zurückgegriffen (1). Deren Anwendbarkeit für die politische Bildungsforschung zu sozialen Bewegungen wird im zweiten Schritten in Rückgriff auf Befragungen der Bewegungsforschung (Institut für Protest- und Bewegungsforschung [ipb] 2019; Koos und Lauth 2019) sowie anhand explorativer Dokumentenanalysen und Selbstdarstellungen der FFF-Bewegung veranschaulicht (2).⁵

3.1 Soziale Bewegungen als „Lern-/Handlungsraum“

Das Konzept des „Lern-/Handlungsraums“ wurde von Jana Trumann (2013, S. 127–148) entfaltet und durch teilnehmende Beobachtung in lokalen Bürgerin itiativen operationalisiert. Das Analysemodell ist in drei Dimensionen strukturiert: kooperativ/individuell; aufnehmend/weitergebend sowie aktional/reflexiv (Trumann 2013, S. 147). In einem subjektorientierten Lernverständnis sind Prozesse

⁵Der hier vorgestellte Analyseansatz geht zurück auf Eis (2021).

der Selbst- und Weltaneignung immer mit konkreten Lebensinteressen, Problemsituationen und einer Handlungsproblematik verbunden (Trumann 2013, S. 105). Die drei Dimensionen beziehen sich also nicht nur auf Lernhandlungen, sondern auch auf deren notwendige Verknüpfung mit einer Bezugshandlung. Inwiefern ist dieser Ansatz auch für die Untersuchung von Lernprozessen in sozialen Bewegungen geeignet? Dazu schlage ich eine machtanalytische Erweiterung vor (Abb. 1).

Ein machtanalytischer Forschungsansatz kann formale Gleichheit von Partizipationschancen und sozialer Teilhabe nicht einfach voraussetzen, sondern richtet sich auf die Ursachen für Ausschlüsse und Nichtteilhabe (Lösch 2013). Politische Kompetenz wird hier (im Anschluss an Bourdieu) nicht nur als a) *Befähigung* zum politischen Urteilen und Handeln verstanden, sondern immer auch als b) *Berechtigung* und *Befugnis*: Wer ist berechtigt zur Politik? Welchen Personen und Gruppen wird gesellschaftlich zugetraut, ihre Interessen zu vertreten? Wer definiert die symbolischen und diskursiven Grenzen des politischen Feldes? Auch Trumann verweist auf diese symbolischen, sozial-habituellen Machtmechanismen, sie setzt diese differenztheoretische Perspektive in ihrem empirischen Analyserahmen jedoch nur teilweise um. Politische Lernprozesse und

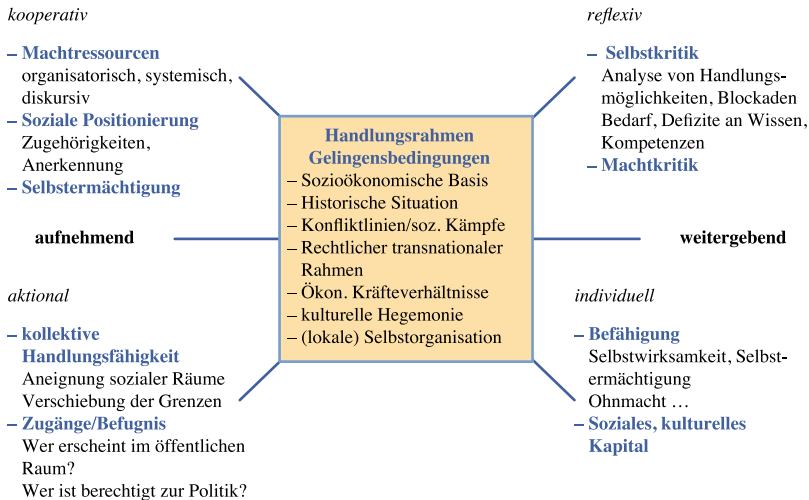


Abb. 1 Soziale Bewegungen als Lern-/Handlungsraum. (Nach Trumann 2013, S. 147, machtanalytisch erweitert)

Handlungsfähigkeit können nicht von sozio-ökonomischen Kräfteverhältnissen und Machtressourcen der Akteure getrennt betrachtet werden. Mit der Ergänzung eines „Handlungsrahmens“ (Abb. 1) werden die lerntheoretischen Kategorien nach Trumann in den Kontext einer sozioökonomischen Politikanalyse gestellt. In Anlehnung an die „historisch-materialistische Politikanalyse“ (Buckel et al. 2014, S. 43–59) wird nach den Bedingungen sozialer Kämpfe, nach den diskursiven, materiellen und institutionellen Machtressourcen gefragt und untersucht, inwiefern soziale Bewegungen die Absicherung von Herrschaft durch Alltagsverstand und Zivilgesellschaft infrage stellen und welche Möglichkeiten einer gegenhegemonialen Unterbrechung der sozialen Ordnungen sie eröffnen (Eis 2018). Ein Lern-/Handlungsraum wird nicht nur von den Akteuren und Lernenden angeeignet, er ist auch sozioökonomisch vorstrukturiert. Die vorgeschlagenen Analyse Kriterien erschließen also den Zusammenhang zwischen sozialer Positionierung, Machtressourcen und Praktiken der Selbstermächtigung und damit die Frage, wie *individuelle* Befähigungen und Befugnisse zu *kollektiver* Handlungsfähigkeit führen können, bzw. inwiefern diese behindert werden. Welche soziale Basis haben die Bewegungen und deren Akteur*innen? Wer unterstützt sie (nicht)? Auf welche Ressourcen können sie zurückgreifen, welche Bündnisse mobilisieren? Von welchen sozialen Gruppen werden die Bewegungen getragen? Welchen Einfluss haben Wissens- und Machthierarchien auf die Lernprozesse? Welche Einschlüsse, Ausschlüsse und Aneignungsprozesse sind beobachtbar? Inwiefern wird die (abgesprochene) Berechtigung zur Politik zu einer Befähigung, die sich Subjekte in Aktionen selbst aneignen?

3.2 Fridays for Future: globale Bewegung aufgeklärter Weltbürger*innen?

Was wissen wir über die *soziale Positionierung* der Streikenden? Es gibt erste nicht repräsentative Befragungen, die zu ähnlichen Ergebnissen kommen.⁶ Unter den Teilnehmenden befinden sich deutlich mehr weibliche (58 %) als männliche (42 %) Personen. „Die Befragten sind ganz überwiegend (96,7 %) in Deutschland geboren“ (ipb 2019, S. 11). Über 90 % haben ein Abitur, einen Hochschulabschluss, sind promoviert bzw. streben diese Abschlüsse an (ipb 2019, S. 9).

⁶Das Institut für Protest- und Bewegungsforschung befragte am 15. März 2019 in Berlin und Bremen 339 FFF-Teilnehmende; ergänzend wurden in 11 europäischen Städten insg. 1362 Teilnehmende befragt (ipb 2019; Sommer et al. 2019). Eine zweite Studie wurde in Konstanz mit drei Befragungen am 15. März 2019 ($N = 145$), am 24. Mai 2019 ($N = 147$) und am 20. September 2019 ($N = 184$) durchgeführt (Koons und Lauth 2019).

Offensichtlich repräsentiert die Bewegung nicht eine gesamte Generation, sondern kann v. a. als Gymnasiasten- und Studierendenbewegung oder als Bewegung einer kosmopolitischen Bildungselite betrachtet werden.

Welche Rolle spielen bei der rasanten Ausbreitung von FFF individuelle und kollektive Lernprozesse? In wenigen Monaten entwickelte sich aus einer individuellen Protestaktion eine europäische und weltweite Bewegung. Diese Entwicklung ist sicher nicht allein mit der Person Greta Thunberg oder mit der Rolle sozialer Medien zu erklären. Prominente Beispiele *individueller Selbstermächtigung* wurden in der Presse dokumentiert: Greta hörte in der fünften Klasse auf zu reden und zu essen, sie hatte Depressionen und ein Asperger-Syndrom (Strittmatter 2019, S. 3), heute spricht sie vor Parlamenten, auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos oder beim UN-Klimagipfel. Die prominenten Akteur*innen (wie z. B. Luisa Neubauer) sind Dauergäste in Talkshows und platzieren ihre Anliegen auf Titelblättern sowie in Gastbeiträgen der Leitmedien. Neubauer ist bereits im ‚Establishment‘ junger Nachwuchspolitiker*innen angekommen: als Jugenddelegierte der DGVN nahm sie an der Klimakonferenz in Katowice teil, trifft den Bundeswirtschaftsminister, spricht auf der RWE-Hauptversammlung oder mit Klimaforschern am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung.

Die *diskursiven Machtressourcen* dieser prominenten Beispiele sind alles andere als repräsentativ für eine Bewegung. Aufschlussreicher ist die Frage, wie sich lokale Initiativen und Ortsgruppen organisieren und vernetzen, auf welche Handlungsproblematiken sie treffen und wie diese durch Lernschleifen bearbeitet werden. Dies soll am Beispiel der FFF-Ortsgruppe Kassel skizziert werden. In ihren wöchentlichen Orga-Treffen vereinbaren sie wechselnde Streikzeiten, damit sie nicht immer den gleichen Unterricht versäumen. Auf einer bundesweiten Bildungskonferenz präsentiert FFF Kassel ihre Anliegen vor ca. 400 Politischen Bildner*innen und NGOs an der Universität Kassel.⁷ Dabei entstehen Kooperationen mit der Jugendpresse und einem Bildungsverein, mit dem sie gemeinsam Seminare zur Klima- und Wirtschaftspolitik sowie zu Handlungsmöglichkeiten und Kommunikationsstrategien planen und durchführen. In einem Gruppeninterview mit dem crossmedialen Jugendmagazin PUNKT⁸ reflektieren die FFF-Aktivist*innen ihre Lernprozesse: „Wie Politik wirklich funktioniert“, wie Verfassungsnormen „gelebt und verwirklicht“ oder auch verhindert werden, lernen die Schüler*innen nicht im Unterricht, jedoch in ihrem Engagement bei FFF (#fridaysforfuture o. D.). Weitere Beispiele für kollektive Lernprozesse, die von manifesten Handlungsproblematiken angestoßen werden, finden sich auf der

⁷<https://www.bildung-macht-zukunft.de/>

⁸<https://www.punktmagazin.de/themen/klimastreik-fridaysforfuture.html>

Website von FFF. Hier können sich Jugendliche über Fragen des Schulrechts und des Versammlungsrechts informieren. In den FAQs werden konkrete Situationen bearbeitet, z. B. ob Schüler*innen für die Streiks in der Schule werben dürfen. Während der Aufruf zur Verletzung der Schulpflicht eine Ordnungswidrigkeit darstellt, gilt dies für die Versammlungsfreiheit freilich nicht. Auch der Hinweis auf das Grundrecht der Pressefreiheit, das auch für Schülerzeitungen gilt, ist den FFF-Aktivist*innen ein besonderes Anliegen. Ebenso werden ihre politischen Forderungen in den FAQs und gemeinsam erarbeiteten Positionspapieren erläutert, z. B. der Unterschied zwischen einer CO₂-Steuer und dem Europäischen Emissionshandel. Auch Fragen zu den sozialen Folgen eines Ausstiegs aus dem Kohleabbau oder der Einführung einer CO₂-Steuer werden in regionalen Workshops, Podiumsdiskussionen und auf dem Sommerkongress 2019 in Dortmund gemeinsam mit Wissenschaftler*innen, NGOs und Politiker*innen vertiefend analysiert.

FFF mobilisieren beachtliche *Ressourcen organisatorischer und diskursiver Macht*. Gab es im Februar 2019 in Deutschland ca. 150 Ortsgruppen, sind es im September bereits über 600. Mit der Bewegung solidarisieren sich weltweit Wissenschaftler*innen. Eine Stellungnahme von Scientists for Future (S4F) wurde im März 2019 mit 700 Erstunterzeichnungen veröffentlicht und innerhalb von drei Wochen von über 26.800 Personen unterstützt (S4F 2019). Zwei Tage vor der Europawahl veröffentlichten FFF und internationale Wissenschaftler*innen ihren gemeinsamen Aufruf für einen weltweiten Klimastreik am 20. September 2019 (Thunberg et al. 2019, S. 11; McKibben et al. 2019, S. 11). Am 6. Mai 2019 startete die Europäische Bürgerinitiative „Klimawandel schnell, fair und effektiv stoppen“⁹.

Die *Potentiale institutioneller, systemischer Macht* sehen die in Bremen und Berlin befragten FFF-Teilnehmenden¹⁰ durchaus widersprüchlich. 40 % der Streikenden identifizieren sich mit keiner politischen Partei (ipb 2019, S. 21). Die Regierungsparteien unterstützen nur sehr wenige der Streikenden (SPD: 3,2 %; CDU: 1,5 %; ipb 2019, S. 21). Einerseits sind die Erwartungen, dass Regierungen oder Unternehmen nachhaltige Lösungen zum Klimaschutz durchsetzen könnten, quasi nicht vorhanden. Lediglich 1,7 % der befragten Schüler*innen sehen bei Regierungen eine „Lösungskompetenz“ für die Klimapolitik, bei den Erwachsenen sind es 0,0 % (ipb 2019, S. 16). Andererseits ist die allgemeine Demokratiezufriedenheit sowie das Vertrauen in Institutionen wie z. B. die EU deutlich

⁹<https://citizensclimateinitiative.eu/>

¹⁰Zur Stichprobe der Studie des Institut für Protest- und Bewegungsforschung s. o. Fußnote 6.

höher als bei anderen Protestbewegungen (wie z. B. den Anti-TTIP/CETA- oder den G20-Protesten; vgl. Sommer et al. 2019, S. 27). Der Aussage: „Ich bin zuversichtlich, dass politische Entscheidungen den Klimawandel eindämmen können“, stimmen immerhin 19,5 % der Befragten „voll und ganz“ und 39,9 % „überwiegend“ zu (ipb 2019, S. 15). Die Befragten vertrauen der Wissenschaft und setzen auf eine Veränderung der eigenen Lebens- und Konsumpraxis. D. h. allerdings nicht, dass sie ihre Handlungsfähigkeit auf individuellen Konsumverzicht reduzieren. Vielmehr rufen sie zur Solidarisierung auf, zu Streiks und Aktionswochen von Erwachsenen. Mit ihrem Festhalten am politischen Streik während der Schulzeit praktizieren sie zivilen Ungehorsam, um mit ihren konkreten Forderungen Druck auf Entscheidungsträger auszuüben.

Wie reagieren FFF-Aktivist*innen auf *Kritik und die abgesprochene Befugnis*, zu ihrem Engagement überhaupt berechtigt zu sein (z. B. vom FDP-Vorsitzenden Christian Lindner: Klimapolitik sei eine „Sache für Profis“; Lindner 2019)? Gestützt auf die breite Expertise von S4F wendet FFF diesen Vorwurf der fehlenden fachlichen Kompetenz wiederum gegen die politischen Entscheidungsträger*innen. Sie richten ihre Kritik an Wissensdefiziten und interessensbezogener Machtpolitik nicht nur an die politischen Eliten, sondern auch an Medienakteur*innen: „Informiert euch!“ schreibt Neubauer (Neubauer 2019, S. 5): „Viele Politikjournalisten haben [...] leider wenig Ahnung“ und würden lieber über Kanzlerkandidat*innen debattieren, als die mühevollen Details zur Klimapolitik zu recherchieren. Einen ähnlichen Vorwurf richtet Thunberg an das britische Unterhaus:

„Ist mein Mikro an? Können Sie mich hören? [...] Dann sprechen wir über Kreislaufwirtschaft und Renaturierung und die Notwendigkeit eines gerechten Übergangs. Und dann verstehen Sie nicht, worüber wir reden. [...] Sie hören nicht auf die Wissenschaft, weil Sie sich nur für Lösungen interessieren, die Sie in die Lage versetzen, weiterzumachen wie bisher.“ (Thunberg 2019, S. 62)

4 Die Politik der Vielen: Gegenöffentlichkeit und (Wieder-)Aneignung gesellschaftlicher Gestaltungsräume

Welches Fazit können wir für den Strukturwandel der Öffentlichkeit und Konzepte der politischen (Medien)Bildung ziehen? Politische Medienkompetenz kann sich nicht auf Fragen der informationellen Selbstbestimmung, der Datensicherheit oder auch auf die Nutzung neuer Formen der Herrschaftslegitimation durch

digitale Beteiligungsinstrumente reduzieren. Vielmehr zeigen sich in transnationalen sozialen Bewegungen, wie in gesellschaftlichen Krisen unmittelbare Handlungsproblematiken und Lernprozesse angestoßen werden, die sowohl einen machtanalytischen Zugang zum Verstehen von Kommunikations-, Arbeits- und Ausbeutungsverhältnissen, als auch Wege zur demokratischen Neugestaltung und Praktiken kollektiver Aneignung transnationaler Räume eröffnen.

Emanzipatorische, demokratiefördernde Lernprozesse beginnen dort, wo es gelingt, dass sich die Bewegungen treffen, dort wo die sozialen und klimapolitischen Konflikte verbunden werden mit den sozialen Kämpfen von Geflüchteten, mit rassismuskritischen, postkolonialen Bewegungen, mit den Anliegen der Nichtbürger*innen und rechtlosen Sans-Papiers. Wenn sich unterschiedliche soziale Bewegungen zu einem solidarischen Projekt einer sozial-ökologischen Transformation verbinden, kann dies sicher nicht ohne eine Einbeziehung der sozialen Kämpfe gegen Ausbeutung und für menschenwürdiges Lebens im Globalen Süden passieren. Beispiele dafür, wie diese „Politik der Vielen“ auch als eine transformative Bildungsbewegung gedacht und praktiziert werden kann, werden in Formaten entwickelt, die sehr unterschiedliche Akteure aus sozialen Bewegungen und der politisch-ökonomischen Bildung zusammenbringen. So trafen sich z. B. im November 2018 auf der „Bits & Bäume. Die Konferenz für Digitalisierung und Nachhaltigkeit“ über 2000 Menschen aus der ‚Tech-Szene‘ und der Degrowth-Bewegung, die von NGOs und Bildungsakteuren wie Germanwatch, dem Konzeptwerk Neue Ökonomie, dem BUND, dem Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung, dem Chaos Computer Club, Brot für die Welt, der Open Knowledge Foundation u. a. Verbänden und Wissenschaftseinrichtungen organisiert wurde (Höfner und Frick 2019).

Bisher eher nebeneinander kämpfen die Techies für die politischen und bürgerlichen Menschenrechte und die Nachhaltigkeitsengagierten für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte. In Zeiten zunehmender Konflikte um Ressourcen und Umwelt auf der einen und um (Informations-)Freiheitsrechte, Datenhoheit und Bürgerrechte auf der anderen Seite ist das Zusammendenken dieser beiden Bereiche unerlässlich. (Lindinger und Höfner 2019, S. 126).

Lerngelegenheiten zeigten sich dabei auf beiden Seiten der unterschiedlichen Bewegungen:

Die Umweltbewegung kann für ihre Kampagnenarbeit in Zukunft sicher noch viel von den Techies lernen: davon, digitale Tools für ihre Zwecke einzusetzen, die über online zu unterzeichnende Petitionen hinausgehen. Davon, ein besseres Verständnis

für Technik und ihre (oft ungewollten) Folgen zu entwickeln. Und davon, bei digitalen Lösungsansätzen für Umweltfragen die netzpolitische Dimension mitzudenken, wie beispielsweise bei der Nutzung digitaler Tools für die Energiewende [...]. Andersherum ist aber auch den Tech-Aktivist*innen geraten, beim Design von Software neben Fragen des Datenschutzes auf deren Energie- und Ressourcenverbrauch zu achten sowie auf Langlebigkeit und soziale Gerechtigkeit [...]. (Lindinger und Höfner 2019, S. 128)

Soziale Bewegungen wurden hier als informeller Lern-/Handlungsraum beschrieben, in denen sich subalterne Akteure und Gruppen kommunikative, symbolische und organisatorische Machtressourcen aneignen, deren transnationale Bedeutung und Einflussmöglichkeit zu einem wesentlichen Teil auf digitaler Kommunikation und kollektiver Wissensproduktion beruhen. Soziale Bewegungen machen Konflikte um die Frage sichtbar, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Sie fordern eine Wiedergewinnung von Öffentlichkeit und demokratischen Gestaltungsoptionen als konsequentere, radikalere Alternativen zu hegemonialen Projekten der neoliberalen Globalisierung. Soziale Bewegungen eröffnen gesellschaftliche Lernprozesse, die als Gegenstand Politischer Bildung (vgl. u. a. Attac 2016) und als demokratische Erfahrungsräume junger Menschen thematisiert und zum Ausgangspunkt von schulischer und non-formaler Bildungspraxis zur Reflexion dieser Engagementerfahrungen werden (vgl. Eicker et al. 2020).

Literatur

- Attac Trägerverein e. V. (Hrsg.). (2016). *TTIP & Co: Handelsvertrag sticht Demokratie? Wirtschaft demokratisch gestalten lernen. Bildungsmaterialien*. Frankfurt: Attac.
- Aust, S., & Ammann, T. (2016). *Digitale Diktatur: Totalüberwachung, Datenmissbrauch, Cyberkrieg*. Berlin: Ullstein.
- Brand, U., & Wissen, M. (2017). *Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus*. München: Oekom.
- Baringhorst, S. (2019). Auswirkungen der Digitalisierung auf soziale Bewegungen: Annahmen, Befunde und Desiderata der Forschung. In J. Hofmann, N. Kersting, & C. Ritz (Hrsg.), *Politik in der digitalen Gesellschaft. Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven* (S. 151–170). Bielefeld: transcript.
- Blühdorn, I. (2013). *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*. Berlin: Suhrkamp.
- Buckel, S., Georgi, F., Kannankulam, J., & Wissel, J. (2014). Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung. In Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (Hrsg.), *Kämpfe um Migrationspolitik: Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung* (S. 15–84). Bielefeld: transcript.

- Coleman, G. (2014). *Hacker, hoaxer, whistleblower, spy: The many faces of anonymous*. London: Verso.
- Crouch, C. (2008). *Postdemokratie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Dean, J. (2006). *Democracy and other neoliberal fantasies: Communicative capitalism and left politics*. Durham: Duke University Press.
- Dean, J. (2016). Kommunikativer Kapitalismus und Klassenkampf. In A. Demirovic (Hrsg.), *Transformation der Demokratie – Demokratische Transformation* (S. 135–155). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Dean, J., Anderson, J. W., & Lovink, G. (2009). *Reformatting politics: Information technology and global civil society*. New York: Routledge.
- Eicker, J., Eis, A., Holfelder, A.-K., Jacobs, S., & Yume, S. (Hrsg.). (2020). *Bildung Macht Zukunft. Lernen für die sozial-ökologische Transformation*. Frankfurt a. M.: Wochenschau.
- Eis, A. (2016). Edutainment statt Politische Bildung? (Post)Politische Events, simulierte Partizipation und Gelegenheiten der Selbstermächtigung im Zeitalter des »communicative capitalism«. In M. Dust, I. Lohmann, & G. Steffens (Hrsg.), *Events & Edutainment. Jahrbuch für Pädagogik 2016* (S. 183–196). Frankfurt a. M.: Lang.
- Eis, A. (2018). Soziale Kämpfe um politische Alternativen verstehen und gestalten: Hegemoniekritik als Ansatz emanzipatorischer Europabildung. In A. Eis & C. Moulin-Doos (Hrsg.), *Kritische politische Europabildung. Die Vielfachkrise Europas als kollektive Lerngelegenheit?* (S. 118–132). Immenhausen: Prolog.
- Eis, A. (2021). Diversitätsreflexive Europabildung: Politisches Lernen in transnationalen sozialen Bewegungen. In M. Oberle & M.-M. Stamer (Hrsg.), *Politische Bildung in internationaler Perspektive: International Perspectives on Civic Education*. Frankfurt a. M.: Wochenschau. (im Erscheinen).
- Feiler, L. (2013). Soziale Medien. Die Demokratisierung der Vierten Gewalt. In H. Bielefeldt, U. Davy, V. Deile, S. Dörnhofer, C. Gusy, B. Hamm, & H. Tretter (Hrsg.), *Meinungsfreiheit – Quo vadis? Jahrbuch Menschenrechte 2012/2013* (S. 167–182). Wien: Böhlau.
- Fitzpatrick, J. (2019). Potenziale sozialer Medien zwischen Wunsch und Wirklichkeit Welche Chancen bieten soziale Medien für politische Akteure und ihre Erforschung? In J. Hofmann, N. Kersting, & C. Ritzi (Hrsg.), *Politik in der digitalen Gesellschaft. Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven* (S. 171–186). Bielefeld: transcript.
- Fominaya, C. F., & Cox, L. (Hrsg.). (2013). *Understanding European movements: New social movements, global justice struggles, anti-austerity protest*. New York: Routledge.
- #fridaysforfuture – Klimastreik von Schüler*innen in Kassel. (o. D.). Punkt. Abgerufen von <https://www.punktmagazin.de/themen/umwelt/klimastreik-fridaysforfuture.html>.
- Friedrichsen, M., & Kohn, R. A. (Hrsg.). (2015). *Digitale Politikvermittlung. Chancen und Risiken interaktiver Medien* (2. Aufl.). Wiesbaden: Springer VS.
- Gruschka, A. (2011). *Verstehen lehren. Ein Plädoyer für guten Unterricht*. Stuttgart: Reclam.
- Höfner, A., & Frick, V. (Hrsg.). (2019). *Was Bits und Bäume verbindet: Digitalisierung nachhaltig gestalten*. München: Oekom.
- Hofmann, J., Kersting, N., & Ritzi, C. (Hrsg.). (2019). *Politik in der digitalen Gesellschaft. Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven*. Bielefeld: transcript.
- Institut für Protest- und Bewegungsforschung. (2019). *Fridays for Future. Eine neue Protestgeneration? Ergebnisse einer Befragung von Demonstrierenden am 15. März 2019 in Berlin und Bremen*. <https://protestinstitut.eu/erste-ergebnisse-der-befragung-der-fridays-for-future-proteste>.

- Jarren, O., & Klinger, U. (2017). Öffentlichkeit und Medien im digitalen Zeitalter: Zwischen Differenzierung und Neu-Institutionalisierung. In H. Gapski, M. Oberle, & W. Staufer (Hrsg.), *Medienkompetenz: Herausforderung für Politik, politische Bildung und Medienbildung* (S. 33–42). Bonn: Bpb.
- Kenner, S., & Lange, D. (2020). Digitalisierung als Herausforderung für politische Bildung. Im Spannungsfeld von inklusiven Praxen und neuen Formen der Exklusion. In A. Albrecht, G. Bade, A. Eis, U. Jakubczyk, & B. Overwien (Hrsg.), *Jetzt erst recht: Politische Bildung! Bestandsaufnahme und bildungspolitische Forderungen* (S. 233–248). Frankfurt a.M.: Wochenschau.
- Kersting, N. (2019). Online Partizipation: Evaluation und Entwicklung – Status quo und Zukunft. In J. Hofmann, N. Kersting, C. Ritzi (Hrsg.), *Politik in der digitalen Gesellschaft. Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven* (S. 105–122). Bielefeld: transcript.
- Koos, S., & Lauth, F. (2019). *Die Entwicklung und Zukunft der Fridays for Future-Bewegung: Ergebnisse von zwei Befragungen während der Fridays for Future-Demonstrationen in Konstanz am 24. Mai und 20. September 2019* (Forschungsbericht). <https://kops.uni-konstanz.de/handle/123456789/47196>.
- Lange, S., & Santarius, T. (2018). *Smarte grüne Welt? Digitalisierung zwischen Überwachung, Konsum und Nachhaltigkeit*. München: Oecom.
- Liessmann, K. P. (2014). *Geisterstunde. Die Praxis der Unbildung. Eine Streitschrift*. Wien: Zsolnay.
- Lindemann, G. (2014). In der Matrix der digitalen Raumzeit. Das generalisierte Panoptikum. In A. Nassehi (Hrsg.), *Kursbuch 177: Privat 2.0* (S. 162–173). Hamburg: Murmann.
- Lindinger, E., & Höfner, A. (2019). Zusammenbringen, was zusammen gehört. Rückblick und Planchierte zur »Bits & Bäume«-Konferenz. In A. Höfner & V. Frick (Hrsg.), *Was Bits und Bäume verbindet. Digitalisierung nachhaltig gestalten* (S. 126–129). München: Oecom.
- Lindner, C. (2019, 9. März). »Klimaschutz ist was für Profis«, Christian Lindner im Interview. *Bild am Sonntag*. <https://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/christian-lindner-klimaschutz-ist-was-fuer-profis-und-nicht-fuer-kinder-60573006,view=conversionToLogin.bild.html>.
- Lösch, B. (2013). Jugendproteste als Form politischer Artikulation. Wer partizipiert an Demokratie und wer ist berechtigt zur Politik? In: W.-D. Bukow, M. Ottersbach, S. Preissing, & B. Lösch (Hrsg.), *Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft* (S. 107–131). Wiesbaden: Springer VS.
- Mason, P. (2015). *Postcapitalism. A guide to our future*. London: Penguin.
- Mason, P. (2016). Nach dem Kapitalismus?! *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5, 45–59.
- McKibben, B., et al. (2019, 24. Mai). Zeitenwende. Eine notwendige Antwort der Erwachsenen. *Süddeutsche Zeitung*, S. 11.
- Mouffe, C. (2010). *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Bonn: Bpb.
- Neubauer, L. (2019, 9. Mai). Informiert euch! Viele Politikjournalisten haben eine Meinung zum Klima, aber leider wenig Ahnung. *Die Zeit*, S. 5.
- Rifkin, J. (2014). *The zero marginal cost society: The internet of things, the collaborative commons, and the eclipse of capitalism*. New York: Palgrave Macmillan.
- Russ-Mohl, S. (2017). *Die informierte Gesellschaft und ihre Feinde. Warum die Digitalisierung unsere Demokratie gefährdet*. Köln: Halem.

- Sarcinelli, U. (2011). *Politische Kommunikation in Deutschland: Medien und Politikvermittlung im demokratischen System* (3. Aufl.) Wiesbaden: Springer VS.
- Scientists for Future. (2019). *Stellungnahme*. <https://www.scientists4future.org/stellungnahme/>.
- Sommer, M., Rucht, D., Haunss, S., & Zajak, S. (2019). *Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland* (ipb working paper 2/2019). <https://protestinstitut.eu/ipb-working-papers>.
- Strittmatter, K. (2019, 27./28. April). Reifeprüfung. Superstar? Stoisch streikt Greta Thunberg weiter fürs Weltklima – Und büffelt dabei für die Schule. *Süddeutsche Zeitung*, S. 3.
- Thunberg, G. (2019). »Wir haben keine Ausreden mehr«. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 6, 59–62.
- Thunberg, G. et al. (2019, 24. Mai). Streik! Ein Aufruf der jungen Klimabewegung an die Welt. *Süddeutsche Zeitung*, S. 11.
- Trumann, J. (2013). *Lernen in Bewegung(en). Politische Partizipation und Bildung in Bürgerinitiativen*. Bielefeld: transcript.
- Welzer, H. (2013). *Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand*. Frankfurt a. M: Fischer.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

